

## VPOD Bern

Gruppe Gemeindebeamte.

Siebenundtünzig Mann stark hatten sich die Gemeindebeamten Dienstag, 25. Januar 1927, zur Generalversammlung eingefunden, die demnach als sehr gut besucht bezeichnet werden darf, und die auch einen ruhigen, sachlichen Verlauf nahm.

Von vier Austritten musste Kenntnis genommen werden, doch stehen diesen sieben Neueintritte gegenüber.

Von den hängigen Bewegungen, über die Gruppenpräsident Jenzer und Sekretär Eduard Meyerhofer referierten, ist zu erwähnen, dass im Beschwerdefall gegen den Chefbuchhalter Jordi vom Gaswerk die Direktion der industriellen Betriebe ein salomonisches Urteil fällte, indem sie sowohl vom betreffenden Beamten wie auch von den Beschwerdeführern grössere Rücksichtnahme verlangte. Ist formell die Beschwerde auch nicht ganz geschützt worden, so hat sie doch, wie ein Diskussionsredner erklären konnte, materiell genützt, indem Herr Jordi seither im Verkehr mit den organisierten Beamten einen anderen Ton anschlägt.

Die Dienstkleiderfrage und Mankoentschädigung der Einzüger der industriellen Betriebe ist neuerdings in Beratung, nachdem die Forderung abgewiesen worden war. Schliesslich wurde der Vorstand beauftragt, zu prüfen, ob und auf welche Weise den Mitgliedern der Kategorie B (Nicht-Pensionsberechtigte) der städtischen Krankenkasse, deren Prämien doppelt so hoch sind wie diejenigen der Kategorie A, eine Erleichterung geschaffen werden kann.

Nachdem sodann der schriftliche Jahresbericht des Präsidenten, der in grossen Zügen die erledigten wie die hängigen Bewegungen der letzten Periode skizzierte, einstimmig und mit Dank genehmigt war, mussten einige Neuwahlen getroffen werden.

Genosse Brönnimann vom Steuerbureau war leider amtsmüde und wurde ersetzt durch Genosse Häusler. Auch Präsident Jenzer, der viele Jahre hindurch mit Erfolg die Gruppe geleitet hatte und dem Genosse Stettler in warmen Worten die Anerkennung aussprach, trat leider zurück. Die Aufsichtsbeamten der Strassenbahn werden künftig durch Genosse Jenni vertreten sein. Als Präsident der Gruppe wurde dagegen der bisherige Vizepräsident, Genosse Tschaepaet, gewählt, der in kurzen Worten die Verdienste der beiden Zurückgetretenen verdankte und die künftigen Aufgaben erwähnte und um die Mitarbeit der ganzen Gruppe ersuchte, da ohne diese die besten Absichten eines Vorstandes zwecklos sind. Gerade die Tatsache, dass die Anstellung nach Obligationenrecht, der 1919 von den Städtischen zugestimmt wurde, da damals versichert wurde, sie käme nur für ganz wenige Fälle, namentlich weibliche Hilfskräfte, in Betracht, immer häufiger wird, bedeutet eine Gefahr, der rechtzeitig begegnet werden muss, sonst wird allmählich das ganze Anstellungssystem und die Besoldungsordnung durchbrochen.

Die übrigen Wahlen erfolgten im Sinne der Bestätigung. Als Vertreter der Gruppe im Sektionsvorstand gilt Genosse Stettler, doch wurde mit Recht betont, dass die Gruppe auch direkt vertreten sein sollte, da der Sektionspräsident nicht eigentlich als Gruppenvertreter gelten darf. Die Frage wird bei der bevorstehenden Statutenrevision geprüft werden müssen.

Eb.

Der öffentliche Dienst, 4.2.1927